

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalversammlung:

66. Tagung 2011/2012

- Palästina stellt Antrag auf UN-Mitgliedschaft
- Individualbeschwerdeverfahren für Kinderrechte und Erklärung zu Menschenrechtsbildung verabschiedet

Anja Papenfuß

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß, Generalversammlung: 65. Tagung 2010/2011, VN, 5/2012, S. 220ff., fort.)

Die 66. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am Nachmittag des 13. Septembers 2011 vom Präsidenten der Generalversammlung Nassir Abdulaziz Al-Nasser aus Katar am Amtssitz in New York eröffnet. In seiner Rede appellierte Al-Nasser an die Staatenvertreter, die einmalige Gelegenheit zu nutzen, um den Wandel zu gestalten und sicherzustellen, dass das nächste Kapitel der Menschheitsgeschichte eines wird, das sicherer, wohlhabender und freundlicher gegenüber dem Planeten Erde sein werde. Er stellte die vier Kernbereiche für die kommende Tagung vor: **1.** friedliche Streitbeilegung, **2.** UN-Reform, **3.** bessere Katastrophenvor- und -nachsorge sowie **4.** nachhaltige Entwicklung.

Die Tagung brachte erneut nur wenige politische Errungenschaften hervor. Der überwiegende Teil der 297 Resolutionen und 74 Beschlüsse wurde routinemäßig und ohne größere Änderungen zu den Vorjahresresolutionen verabschiedet. Der Hauptteil der 66. Tagung endete am 24. Dezember 2011. Der zweite Teil begann am 25. Januar 2012 und endete am 17. September 2012. Den Delegierten lagen insgesamt 909 Dokumente vor. Am 4. Oktober 2011 nahm die Versammlung den Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation zur Kenntnis (Kommentar: Kirsten Haack, VN, 5/2011, S. 226f.).

Generaldebatte

Die Generaldebatte ist der Auftakt jeder Tagung der Generalversammlung. Hier haben die Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister aller Mitgliedstaaten die Gelegenheit, ihre Haltung zu internationalen Fragen kundzutun. Sie begann dieses Mal am 21. September und endete am 27. September. 196 Vertreterinnen und Vertreter von Staaten und Organisationen hielten Reden vor dem Plenum. Das Thema der Debatte war ›Die Rolle der Vermittlung bei der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten‹.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eröffnete die Generaldebatte damit, dass er die Geburt des siebenmilliardsten Erdenbürgers ankündigte. Die Weltbevölkerung habe sich seit der Gründung der Vereinten Nationen verdreifacht. Die Probleme, die mit diesem Zuwachs und dem gleichzeitig stattfindenden Klimawandel einhergehen, seien immens. Daher sei eine der fünf Prioritäten für seine zweite Amtszeit als Generalsekretär die nachhaltige Entwicklung. Die anderen vier Prioritäten seien Krisenprävention, Sicherheit, Unterstützung für Staaten im Übergang sowie Frauen und Jugend.

Von den Staaten hat Brasilien das Privileg, stets die Generaldebatte zu eröffnen. Präsidentin Dilma Rousseff hielt den historischen Augenblick fest, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen eine Frau die Generaldebatte eröffnete. Sie tue dies zwar in Bescheidenheit, aber zugleich mit dem berechtigten Stolz einer Frau: ›Ich bin sicher, dieses Jahrhundert wird das Jahrhundert der Frauen sein‹. Rousseff forderte mehr Mitspracherecht für Schwellenländer in den internationalen Finanzinstitutionen sowie bei der Reform des Sicherheitsrats. Ein ständiger Sitz für ihr Land sei ein erklärtes Ziel.

Mahmud Abbas, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, warb in seiner Rede am 23. September für die Aufnahme des Staates Palästina in die UN. Es sei die Zeit für einen ›palästinensischen Frühling‹ gekommen, so Abbas. Im Anschluss an seine Rede übergab er

den Antrag (A/66/371-S/2011/592) Ban Ki-moon, um ihn zwecks Prüfung an den Sicherheitsrat weiterzuleiten. Dieser setzte am 28. September einen Sonderausschuss ein, welcher jedoch bislang keine eindeutige Empfehlung abgegeben hat. Der Antrag liegt immer noch im Sicherheitsrat (Näheres dazu: Sven Mißling, VN 4/2012, S. 147ff.).

Die Folgen des ›Arabischen Frühlings‹ machten sich auch in der Generaldebatte bemerkbar. So sprach mit Mahmud Jibril als Vorsitzender des Exekutivbüros des Nationalen Übergangsrats am 24. September zum ersten Mal ein Vertreter des ›neuen Libyens‹ vor dem Staatenvertretergremium: ›Heute stehe ich vor Ihnen, um der Welt zu zeigen, dass ein neues Libyen im Entstehen begriffen ist‹. Der Nationale Übergangsrat war erst wenige Tage zuvor, am 16. September 2011, vom Vollmachtenprüfungsausschuss der Generalversammlung als offizieller Vertreter Libyens anerkannt worden (A/RES/66/1 A).

Abrüstung

Angesichts des Stillstands der Genfer Abrüstungskonferenz in Bezug auf einen Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen beschloss die Generalversammlung in Resolution 66/44, auf ihrer 67. Tagung Optionen für die Aushandlung eines solchen Vertrags zu prüfen, falls es der Abrüstungskonferenz bis zum Ende ihrer Tagung 2012 nicht gelänge, ein umfassendes Arbeitsprogramm zu vereinbaren und durchzuführen. In Resolution 66/66 forderte die Generalversammlung die Abrüstungskonferenz generell auf, ein Arbeitsprogramm zu verabschieden, das dann zügig zu Beginn der jährlichen Tagung abgearbeitet werden könne.

Politik und Sicherheit

Saudi-Arabien hat zugesagt, für drei Jahre das neu geschaffene Zentrum zur Bekämpfung des Terrorismus am UN-Amtssitz in New York zu finanzieren. Es wird unter der Leitung des Generalsekretärs tätig sein und über den Arbeitsstab Ter-

rorismusbekämpfung zur Förderung der Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen (66/10). In Bezug auf die internationale Zusammenarbeit bei der Nutzung des Weltraums verabschiedete die Generalversammlung die Erklärung zum 50. Jahrestag der bemannten Raumfahrt und zum 50. Jahrestag der Gründung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (66/71).

Die Generalversammlung einigte sich auf ein gemeinsames Verständnis des Konzepts der menschlichen Sicherheit. Demnach ist das Konzept menschliche Sicherheit von dem Konzept der Schutzverantwortung zu unterscheiden. Im Gegensatz zu Letzterem beinhaltet menschliche Sicherheit keine Androhung oder Anwendung von Gewalt oder von Zwangsmaßnahmen, und sie tritt nicht an die Stelle der staatlichen Sicherheit (66/290).

Wirtschaft und Entwicklung

Die Generalversammlung begrüßte die Initiative für die Bildung eines internationalen Konsenses zur Verringerung der übermäßigen Preisschwankungen und der Spekulation auf Rohstoffmärkten. Gegen übermäßige Schwankungen der Nahrungsmittelpreise müsse aktiv vorgegangen werden, auch wenn bislang ihre Ursachen nicht vollständig verstanden würden. Daher müssten die Staaten hier weiter forschen und größere Transparenz und Marktinformationen fördern (66/188).

Für das Jahr 2016 ist die dritte UN-Konferenz über Wohnungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung (Habitat III) geplant, um die globale Verpflichtung auf eine nachhaltige Urbanisierung neu zu beleben. Im Mittelpunkt wird eine ›Neue Stadtagenda‹ stehen. Die Regierungen sollen die Slumbewohner zahlenmäßig erfassen und auf dieser Grundlage realistische Zielvorgaben setzen, die bis 2020 zu erreichen sind (66/207).

Sozialfragen und Menschenrechte

Am 19. und 20. September fand ein Treffen auf hoher Ebene zu nichtübertragbaren Krankheiten statt. Ergebnis der Debatte war die Politische Erklärung über die Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten (Resolution 66/2). Darin verpflichten sich die Staaten unter anderem, wirksame Maßnahmen durchzuführen, um die Risikofaktoren

nichtübertragbarer Krankheiten, wie Tabakgebrauch, ungesunde Ernährungsweise, Bewegungsmangel und Alkoholmissbrauch, in ihrer Wirkung zu mindern, unter anderem durch höhere Steuern und striktere Gesetze für die Alkohol- und Tabakwerbung.

Aufgrund der positiven Entwicklung in Libyen hob die Generalversammlung am 18. November 2011 die am 11. März 2011 verhängte Suspendierung der Mitgliedschaft des Landes im Menschenrechtsrat wieder auf (66/11).

Aus Anlass des zehnten Jahrestags der Anti-Rassismus-Konferenz von Durban fand am 22. September 2011 eine eintägige Tagung auf hoher Ebene statt. Sie endete mit einer Politischen Erklärung (66/3). Darin bekräftigen die Staats- und Regierungschefs ihre Absicht zur vollständigen und wirksamen Umsetzung und Weiterverfolgung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Durban (2001) und des Ergebnisdokuments der Durban-Überprüfungskonferenz (2009). Deutschland blieb aufgrund von Befürchtungen, dass die Tagung für antisemitische Hetze missbraucht würde, mit rund einem Dutzend westlicher Staaten der Tagung fern.

Am 19. Dezember 2011 verabschiedete die Generalversammlung das 3. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes, welches ein Individualbeschwerdeverfahren vorsieht (66/138). Staaten, die dieses Protokoll ratifizieren, geben dem Ausschuss für die Rechte des Kindes die Erlaubnis, Beschwerden von Einzelpersonen über Verletzungen von Rechten aus der Kinderrechtskonvention sowie seinen ersten beiden Fakultativprotokollen entgegenzunehmen.

Am selben Tag nahm das Gremium auch die Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -ausbildung (66/137) an. In den 14 Artikeln der Erklärung werden die UN-Mitgliedstaaten unter anderem aufgefordert, Menschenrechtsbildung und -ausbildung im gesamten Bildungssektor als Gemeinschaftsaufgabe von Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft anzubieten (vgl. Anja Mihr, VN, 5/2012, S. 208).

Resolutionen zu problematischen Menschenrechtssituationen in einzelnen Ländern ergingen, wie in den beiden Vorjahren, zu Iran, Myanmar und Nordkorea. Neu hinzu kamen drei Resolutionen zur

Menschenrechtssituation in Syrien. Die erste wurde am 19. Dezember 2011 verabschiedet. Darin werden die syrischen Behörden aufgefordert, sofort allen Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen, den Aktionsplan der Liga der arabischen Staaten ohne Verzögerung umzusetzen sowie den Resolutionen des Menschenrechtsrats nachzukommen (66/176). Am 16. Februar 2012 reagierte die Generalversammlung auf die sich zuspitzende Situation in Syrien mit der Verabschiedung von Resolution 66/253 A, in der sie erneut ein Ende der Waffengewalt fordert. Wenige Monate später, am 3. August 2012, folgte Resolution 66/253 B. Darin werden die Kriegsparteien aufgefordert, die Resolutionen des Sicherheitsrats umzusetzen, in denen ein Vorausteam zur Überwachung der Waffenruhe beziehungsweise die Aufsichtsmission UNSMIS eingesetzt wurden.

Die seit 2009 laufenden Konsultationen über eine Reform der UN-Vertragsorgane im Menschenrechtsbereich fanden im Juni 2012 mit der Vorlage eines Berichts der Hohen Kommissarin für Menschenrechte ihren vorläufigen Abschluss. Der in Genf laufende offene Prozess wurde jedoch von einigen Staaten als zu wenig die Staaten einbeziehend angesehen. Daher wurde am 16. Februar 2012 in einer von Russland initiierten Resolution (66/254) beschlossen, in New York einen rein zwischenstaatlichen (offenen) Konsultationsprozess einzurichten. Der Prozess wurde am 17. September 2012 mit Resolution 66/295 bis zur 67. Tagung verlängert (Näheres dazu: Wolfgang S. Heinz/Caroline Maillard, VN, 4/2013, S. 167–171).

Haushalt

Für die Jahre 2012–2013 steht den UN ein ordentlicher Haushalt von 5,152 Mrd. US-Dollar zur Verfügung. Dies beschloss die Generalversammlung mit Resolution 66/248 am 24. Dezember 2011. Generalsekretär Ban lobte die Mitgliedstaaten persönlich in einer Ansprache an das Plenum, in Zeiten der Sparsamkeit einen Haushalt genehmigt zu haben, der nur um rund 3,7 Mio. US-Dollar unter dem Haushalt der Jahre 2010–2011 (5,156 Mrd. US-Dollar) liegt. Insgesamt gab es nur leichte Verschiebungen innerhalb der Programmbereiche im Vergleich zum vorherigen Zweijahreshaushalt. Der größte

Teil des Haushalts kommt nach wie vor dem Bereich politische Angelegenheiten zugute. Allein 1,33 Mrd. US-Dollar fließen dorthin, der auch den administrativen Teil der Friedensmissionen umfasst. Hinzugekommen ist der Programmtitel 17 ›UN Women‹. Die neue Frauenorganisation erhält für die beiden Jahre rund 14,5 Mio. US-Dollar.

Die Generalversammlung billigte in einzelnen Resolutionen den Haushalt von rund sieben Mrd. US-Dollar für die 14 bestehenden Friedenssicherungsmissionen, die Versorgungsbasis in Brindisi und den Friedenssicherungs-Sonderhaushalt für den Zeitraum 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013. Die größten Mittelzuweisungen erhielten wieder die Hybridmission in Darfur (UNAMID) mit 1,51 Mrd. US-Dollar und die Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) mit 1,40 Mrd. US-Dollar (GA/11256 v. 21.6.2012).

Rechtsfragen

Im Jahr 2011 nahm die Generalversammlung zwei von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeitete Rechtsdokumente an: erstens das Mustergesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge (66/95) und zweitens das Mustergesetz über grenzüberschreitende Insolvenzen: die richterliche Perspektive (66/96). Die von der Völkerrechtskommission vorgelegten 18 Artikel zu Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Verträge sowie die 67 Artikel über die Verantwortlichkeit internationaler Organisationen nahm die Generalversammlung in Resolution 66/99 beziehungsweise 66/100 zur Kenntnis und empfahl sie den Mitgliedstaaten zur Prüfung. Über die endgültige Form beider Artikelentwürfe soll auf der 69. Tagung beraten werden. Den Verhaltenskodex für die Richter des Gerichts der Vereinten Nationen für dienstrechtliche Streitigkeiten und des Berufungsgerichts der Vereinten Nationen hingegen billigte die Generalversammlung mit Resolution 66/106. Darin wird festgelegt, wie die Richter sich unter anderem in Bezug auf ihre Unabhängigkeit, Überparteilichkeit, Korrektheit und Integrität verhalten sollen. Der Kodex war vom Rat für interne Rechtspflege auf der Grundlage von Resolution 62/228 aus dem Jahr 2007 erarbeitet worden. Zudem

genehmigte die Generalversammlung mit Resolution 66/107 einige Änderungen der Verfahrensordnung des Berufungsgerichts der Vereinten Nationen.

Umwelt

In Resolution 66/288 billigte die Generalversammlung das 60-seitige Ergebnisdokument ›Die Zukunft, die wir wollen‹ der Rio+20-Konferenz. Darin wird unter anderem das UN-Entwicklungsprogramm gestärkt, ein neues Gremium gefordert, das die Kommission für nachhaltige Entwicklung ablösen soll, sowie Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) angeregt (Näheres dazu siehe: Jürgen Maier, VN, 4/2012, S. 171ff.).

Internationale Gedenkanklässe

Die Generalversammlung verabschiedete auf der 66. Tagung insgesamt vier neue Internationale Tage und drei neue Internationale Jahre. Der 21. März wurde zum Welttag des Down-Syndroms erklärt, der ab dem Jahr 2012 jährlich begangen werden soll (66/149). Mit dem Ziel der Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Interessen von Mädchen erklärte die Generalversammlung den 11. Oktober zum Internationalen Tag des Mädchens, der ab 2012 jährlich begangen werden soll. In Anerkennung der Notwendigkeit eines inklusiveren, gerechteren und ausgewogeneren Konzepts für Wirtschaftswachstum erklärte die Generalversammlung den 20. März zum Internationalen Tag des Glücks (66/281). Der 1. Juni wurde zum Weltelterntag erklärt, der zu Ehren der Eltern in aller Welt jährlich begangen werden soll (66/292).

Zum Internationalen Jahr der Quinoa wurde das Jahr 2013 erklärt (66/221). Dadurch soll die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Rolle gerichtet werden, die die Biodiversität der Quinoa angesichts ihres Nährwerts bei der Ernährungssicherheit spielen kann. Ebenfalls mit dem Ziel, die Ernährungssicherheit zu verbessern, wurde das Jahr 2014 zum Internationalen Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft erklärt (66/222). 2014 ist laut Resolution 66/284 gleichzeitig das Internationale Jahr der Kristallographie.

Wahlen und Ernennungen

Am 8. Juni 2012 wählten die Staatenvertreter in geheimer Wahl den 37-jährigen

Außenminister Serbiens Vuk Jeremic zum Präsidenten der 67. Generalversammlung. Mit 99 zu 85 Stimmen setzte er sich gegen seinen Mitstreiter aus Litauen durch. Dies war die erste geheime Wahl seit mehr als 20 Jahren. Das Vorschlagsrecht für die Kandidaten lag bei der Gruppe der osteuropäischen Staaten (vgl. Personalien, VN, 4/2012, S. 182f.). Am 24. Mai verlängerte die Generalversammlung die bis dahin vierjährige Amtszeit der Hohen Kommissarin für Menschenrechte Navi Pillay um weitere zwei Jahre, beginnend am 1. September 2012 und endend am 31. August 2014. Der deutsche Völkerrechtsprofessor Georg Nolte wurde als Mitglied der Völkerrechtskommission wiedergewählt. Die neue fünfjährige Amtszeit endet am 31. Dezember 2016. Der Deutsche Dietrich Lingenthal ist für eine im Januar 2012 beginnende dreijährige Amtszeit Mitglied im Beratenden Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen (ACABQ).

Verschiedenes

Die Planungen für ein Ständiges Mahnmal für die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels am Amtssitz der Vereinten Nationen schreiten voran. In Resolution 66/114 begrüßt die Generalversammlung, dass der internationale Wettbewerb für die Gestaltung des Mahnmals ausgeschrieben wurde, und fordert zur Einreichung von Gestaltungsvorschlägen auf. Die Idee zu dem Mahnmal geht auf die Anti-Rassismuskonferenz in Durban von 2001 zurück.

Am 23. September 2013 wird auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs eine eintägige Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene stattfinden zum übergreifenden Thema ›Der weitere Weg: eine Entwicklungsagenda unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen bis 2015 und darüber hinaus‹.

Eine Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene mit der Bezeichnung ›Weltkonferenz über indigene Völker‹ soll am 22. und 23. September 2014 in New York abgehalten werden. Im Vorfeld werden die Regierungen gebeten, sich mit ihren indigenen Bevölkerungsgruppen zu beraten, und in der Generalversammlung soll eine informelle interaktive Anhörung stattfinden. Ziel der Plenartagung ist die Verabschiedung eines Ergebnisdokuments (66/296).